Medienmitteilung

Liestal, 5. Juni 2016

WICHTIGES JA ZUR PARTNERSCHAFT

Sozialdemokratische Partei Baselland

Rheinstrasse 17
Postfach 86 · 4410 Liestal

Telefon 061 921 91 71
Telefax 061 921 68 70

info@sp-bl.ch
www.sp-bl.ch
www.zukunftstattabbau.ch

Das deutliche Ja zur Sanierung der Pensionskasse der gemeinsamen Universität ist ein wichtiges Signal aus Baselland an Basel-Stadt, dass es die Bevölkerung ernst meint mit dem Willen zu einer guten Partnerschaft. Die SVP hat sich mit ihrem verantwortungslosen Referendum blamiert.

Während das gute Einvernehmen zwischen den beiden Basel aus rechtskonservativen Kreisen immer wieder torpediert wird, hat die Bevölkerung weise entschieden – und so auch den 80 Millionen-Deal gerettet. Die SVP wurde hart abgestraft. Jetzt muss Schluss sein mit der destruktiven Haltung der Partnerschaftsgegner von rechts.

Die SP Baselland ist sehr froh, dass die Kompetenz zur Einführung des Lehrplans 21 beim Fachgremium Bildungsrat verbleibt. Das Baselbiet verkommt somit nicht ganz zur Insel in der schweizerischen Bildungslandschaft. Die Reformen müssen jetzt angegangen und genügend Ressourcen dafür bereitgestellt werden.
Bedauerlich ist der Entscheid, auf die zeitgemässen Fächergruppen zu verzichten. Das Komitee, das sich „starke“ Schule nennt, hat dem Baselbieter Bildungswesen damit einen Bärendienst erwiesen. Zukunftsfähige Bildung erfordert auch Innovation. Der Entscheid widerspricht zudem den guten Erfahrungen, die mit Fächergruppen bereits gemacht wurden. Die Abbaupolitik führt offensichtlich zu Unsicherheit im Bildungswesen. In diesem Klima haben neue Ideen einen schweren Stand, was unseren Kanton blockiert. Der Abbaukurs der FDP-Bildungsdirektorin hat keine Zukunft.

Dass die Bevölkerung zu einem guten Angebot auch für schulisch Schwächere sehr deutlich ja gesagt hat, ist erfreulich. Die Brückenangebote erhalten somit die nötige gesetzliche Verankerung.

Die Annahme des neuen Gerichtsorganisationsgesetzes ist bedauerlich – aber letztlich nicht von allzu grosser Tragweite. Es ist zu hoffen, dass der Verlust an Praxiserfahrung sich an den Gerichten nicht negativ bemerkbar macht.

Die SP freut sich, dass der Ausbau der Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung nun endlich wirklich an die Hand genommen werden kann, dies bedarfsgerecht und angepasst an die Situation in der jeweiligen Gemeinde. Die FDP ist nun bereits zum zweiten Mal innert kurzer Zeit mit einer Initiative zu diesem Thema deutlich gescheitert. Diese Zwängerei war nach dem deutlichen Ja zu einem ausgewogenen, breit abgestützten Gesetz im vergangenen November unnötig.

Weitere Auskünfte:

Adil Koller, Präsident SP BL	079 222 03 55
Miriam Locher, Fraktionspräsidentin	076 445 07 22
Roman Brunner, Landrat	079 518 66 83